

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Berlin, 19. Januar 2015



Liebe Leserinnen und Leser,

Wie heißt es hin und wieder im Leben:
Erstens kommt's anders, zweitens als man denkt.

Ursprünglich wollte ich diesen ersten Newsletter im Jahr 2015 mit Wünschen für ein glückliches und gesundes Jahr 2015 beginnen.

Ursprünglich wollten wir uns in der ersten Sitzungswoche intensiv mit den Vorhaben für 2015 beschäftigen, wollten tatkräftig ins Jahr starten.

Aber dann kam es eben anders und es überrollten uns alle die furchtbaren Terror-Akte in Paris. Diese abscheulichen Verbrechen machten erst sprachlos, lösten dann aber eine ungeahnte Welle an europa- ja weltweiten Solidaritätsbekundungen für unsere französischen Freundinnen und Freunde aus. Schock und Fassunglosigkeit wichen eindrucksvollen Demonstrationen für Demokratie, für Freiheit, für Presse- und Meinungsfreiheit, für Religionsfreiheit, eben für all das, was wir unter demokratischen Werten verstehen.

Wir alle können unsere Augen nicht vor dem verschließen, was in Paris geschehen ist und was seither unser Land und die westliche Wertegemeinschaft umtreibt. Und wir müssen verhindern, dass Strömungen wie Pegida und Co. in Dresden und in anderen Städten unseres Landes die schrecklichen Ereignisse in Frankreich oder auch in Nigeria zur Legitimierung ihrer verschrobenen Forderungen missbrauchen.

Zum Glück ist der demokratische Widerstand inzwischen mit zahlreichen No-Pegida-Demonstrationen gut sichtbar und die Mahnwache am Brandenburger Tor am letzten Dienstag unter Beteiligung des Bundespräsidenten und der Bundesregierung zeigte, dass wir in diesem Land zusammenstehen für ein freies, offenes und gerechtes Deutschland.

IN DIESER AUSGABE:

FOTO DER WOCHE Seite 2

TOP-THEMA Seite 2

AKTUELLE STUNDE Seite 4

ERNÄHRUNG Seite 4

AUSSENPOLITIK Seite 6

FRAKTION Seite 7

UNSERE VORHABEN Seite 8

Ihre

Sabine Dittmar, MdB



FOTO DER WOCHE



Bundespräsident Gauck spricht letzten Dienstag bei der Mahnwache in Berlin: Mehr als zehntausend Menschen waren am Dienstagabend zum Brandenburger Tor gekommen, Christen, Muslime, Juden und die Spitzen des Staates, um in Berlin gemeinsam Gesicht zu zeigen – gegen Hass und Gewalt, für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland. Die Botschaft: Wir gehören zusammen!

2

TOP-THEMA

Freiheit und Rechtsstaatlichkeit lassen wir uns nicht nehmen

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages waren vollständig am letzten Donnerstagmorgen erschienen, um der ermordeten Menschen von Paris zu gedenken. Nach einer Rede des Bundestagspräsidenten Lammert gab Kanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung ab.

In der anschließenden Aussprache bezeichnete SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann die Anschläge in Paris als „gezielten Angriff auf die freie Presse. Das war der Versuch, freie Menschen in einer offenen Gesellschaft einzuschüchtern“.

Er stellte jedoch klar: „Dieses Ziel haben die Terroristen nicht erreicht.“ Denn die Franzosen hätten nicht nach Rache und Vergeltung gerufen oder den Polizeistaat gefordert. „Sondern Millionen sind auf die Straße gegangen, um zu trauern, aber auch um zu zeigen: Wir lassen uns von den Terroristen nicht spalten“, sagte Oppermann.

Die Terroranschläge in Paris lenken den Blick auch auf die Situation der Muslime in Deutschland. Oppermann verwahrte sich dagegen, sie nun unter eine Art Generalverdacht zu stellen. „Wenn jetzt Millionen friedfertiger Muslime in Deutschland mit den Terroristen in einen Topf geworfen werden, dann ist das eine unverantwortliche politische Brandstiftung, die leicht zu einer Eskalation der Gewalt führen kann.“

Er forderte die Organisatoren und die Demonstranten von Pegida auf, „endlich diese Stimmungsmache gegen Andersgläubige und Zuwanderer zu stoppen.“

Mahnwache in Berlin: Das Land steht zusammen

Mehr als zehntausend Menschen waren bereits zwei Tage vorher, am Dienstagabend zum Brandenburger Tor gekommen, Christen, Muslime, Juden und die Spitzen des Staates, um in Berlin gemeinsam Gesicht zu zeigen – gegen Hass und Gewalt, für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland. Die Botschaft: Wir gehören zusammen!



Auf einer Bühne vor dem bekannten Wahrzeichen versammelten sich Bundespräsident Gauck, Kanzlerin Merkel, Bundestagspräsident Lammert, das Bundeskabinett, die Partei- und Fraktionsvorsitzenden, Berlins Regierender Bürgermeister Müller und Vertreter der Kirchen und Muslimverbände sowie der türkischen Gemeinde zur Mahnwache.

Als Zeichen des Mitgefühls und im Gedenken der Opfer der Terroranschläge in Paris legte der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime Aiman Mazyek in Anwesenheit von Gauck, Merkel und Gabriel vor der Französischen Botschaft einen Kranz nieder.

Mazyek betonte: „Die Terroristen wollten den Propheten rächen? Nein! Sie haben mit ihrer Tat die größte Gotteslästerung begangen.“ Die Terroristen hätten den Islam mit ihrem fürchterlichen Akt verrotten und seine Prinzipien in den Schmutz gezogen.

Bei der Mahnwache, zu der muslimische Verbände und die Türkische Gemeinde aufgerufen hatten, nahmen auch die Abgeordneten der SPD-Bundestagfraktion geschlossen teil.

Bundespräsident Gauck hielt eine kurze Rede, in der er den Menschen zurief, „wir alle sind Deutschland“, unabhängig von Religion und Herkunft. Er stellte klar: „Die Terroristen wollten uns spalten. Erreicht haben sie das Gegenteil. Sie haben uns zusammengeführt.“ In Anlehnung seiner früheren Aussagen zu den Taten des rechtsextremen NSU sagte Gauck nun in Richtung der Terroristen und Fanatiker: „Wir schenken euch nicht unsere Angst. Euer Hass ist unser Ansporn“.

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel sagte nach der Veranstaltung: „Ob Muslime, Christen, Juden oder Atheisten: Wir alle haben heute gemeinsam – und über Parteigrenzen hinweg – gezeigt, dass wir uns vom Terror nicht in Angst versetzen oder auseinanderdividieren lassen. Wir stehen vereint an Frankreichs Seite, wir stehen für Meinungsfreiheit, Demokratie, Vielfalt und ein friedliches Miteinander.“ Die Kundgebung sei auch „eine klare Absage an jene Populisten, die derzeit aus den schrecklichen Morden von Paris ihren zersetzenden Profit zu ziehen versuchen: Wir sind ein offenes und freies Land, in dem es keinen Platz gibt für Ressentiments gegen Flüchtlinge oder gar den Islam.“

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann machte deutlich: „Wir stehen fest an der Seite der überwältigenden Mehrheit der friedlich lebenden Muslime in unserem Land, die sich klar von Terror und Gewalt distanzieren. Sie sind ein fester Teil unserer Gesellschaft und gehören zu uns! Wir müssen verhindern, dass die Demagogen von Pegida und AfD die Anschläge für ihre Zwecke instrumentalisieren.“

Die niederträchtigen Morde von Paris seien ein Angriff auf unsere demokratische und freiheitliche Gesellschaft. Auf diese Bedrohung gebe es nur eine richtige Antwort: „Wir werden unsere Werte entschlossen verteidigen. Unsere Antwort heißt: mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Offenheit.“

Akute Maßnahmen

Noch im Januar wird Justizminister Heiko Maas (SPD) ein Maßnahmenpaket vorlegen, das die Reise von Islamisten in Terrorcamps härter unter Strafe stellt. Auch wird künftig jegliche finanzielle Unterstützung von Terrororganisationen, etwa durch Spenden, strafbar sein. Die Koalition wird zudem die rechtlichen Grundlagen schaffen, damit ausreisewilligen Dschihadisten der Personalausweis entzogen werden kann.

Potenzielle Gefährder und gewaltbereite Rückkehrer aus Kriegsgebieten müssen lückenlos überwacht werden. Die Koalitionsfraktionen werden deshalb prüfen, ob die Sicherheitsbehörden über das hierfür erforderliche Personal und technische Ausstattung verfügen.

Auch ist eine intensivere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf nationaler und internationaler Ebene notwendig. Begleitend zu den Maßnahmen zur akuten Terrorabwehr bedarf es jedoch einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, um eine weitere Radikalisierung junger Menschen in Deutschland und Europa schon in den Anfängen zu verhindern.



AKTUELLE STUNDE

Schon 2014 keine neuen Schulden mehr

Für das Haushaltsjahr 2014 waren zunächst neue Schulden in Höhe von 6,5 Milliarden Euro geplant. Das ist zwar im Vergleich zu früheren Zeiten nicht viel, aber es sind Schulden. Nun ist das nicht nötig, denn das Ziel der Großen Koalition, 2015 ohne Neuverschuldung auszukommen, ist sogar schon ein Jahr früher erreicht.

Ein großer Erfolg für die Große Koalition: Der parlamentarische Staatssekretär Steffen Kampeter wies darauf hin, dass es für das Jahr 2014 sogar einen so genannten strukturellen Überschuss gebe.

Im Jahr 2013 wurden laut eines Berichts des Bundesfinanzministeriums noch neue Kredite in Höhe von 22,1 Milliarden aufgenommen.

Die Summe von den ursprünglich als Neuverschuldung geplanten, nun aber als Einnahmen verbuchten 6,5 Milliarden Euro setzt sich zusammen aus einer eingesparten Milliarde und 5,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Die speisen sich vor allem aus höheren Steuereinnahmen.

Diese Früchte sind nicht zuletzt der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder (SPD) zu verdanken, die die sozial- und arbeitspolitischen Grundlagen geschaffen hatte.

Darauf wies in einer von der Koalition beantragten Aktuellen Stunde auch der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs hin: "Die Agenda 2010 hat die Grundlagen für die heutige Wachstumsstärke des Landes gelegt."

Kahrs betonte, dass die Große Koalition versprochen hatte, 2015 keine neuen Schulden zu machen, "nun ist uns das sogar schon ein Jahr eher gelungen", lobte er.

ERNÄHRUNG

Bundestag diskutiert Koalitionsantrag zur gesunden Ernährung

Einen Tag vor Beginn der Internationalen Grünen Woche hat der Deutsche Bundestag über gesunde Ernährung debattiert. Die Koalitionsfraktionen brachten dazu ihren Antrag „Gesunde Ernährung stärken–Lebensmittel wertschätzen“ (Drs. 18/3726) in das Parlament ein, der am 15. Januar erstmalig beraten wurde.

Die Internationale Grüne Woche ist die Leistungsschau der Land- und Ernährungswirtschaft. Jährlich kommen rund 400.000 Besucherinnen und Besucher, um Lebensmittel aus der Region und aus aller Welt zu verkosten, Tiere zu erleben und sich über die moderne Produktion unserer Nahrungsmittel zu informieren. Mit einer Gesamtwertschöpfung von 161 Milliarden Euro sichere dieser Wirtschaftszweig allein in Deutschland rund 4,6 Millionen Arbeitsplätze, heißt es im Antrag.

Mit ihrem Antrag zur gesunden Ernährung setzen SPD und Union den Koalitionsvertrag um, und sie setzen damit Impulse für eine gesunde Ernährung. Gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner will die SPD-Bundestagsfraktion gegen den Anstieg ernährungsbedingter Erkrankungen vorgehen. Im Mittelpunkt des Koalitionsantrags steht dabei die Ernährung von Kindern und Jugendlichen.

Ombudsstelle gegen Preisdumping im Lebensmitteleinzelhandel einrichten

„Wir wollen und können den Menschen nicht einen bestimmten Lebensstil vorgeben“, sagte SPD-Fraktionsvizein Ute Vogt. Gleichwohl trage die Politik die Verantwortung dafür, dass Lebensmittel sicher sind. „Und zwar unabhängig davon, wo die Lebensmittel gekauft werden“, ergänzte sie. Lebensmittel müssten gesund und bezahlbar sein, so Vogt: „Das ist ein soziales Grundrecht“. Trotzdem gebe es immer wieder Missstände. Erst vor wenigen Tagen sei wieder von zu vielen Antibiotika in Putenfleisch zu lesen gewesen. Außerdem habe eine Studie des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland



(BUND) festgestellt, dass gerade billiges Fleisch besonders häufig mit antibiotikaresistenten Keimen belastet sei. „Wir sind in der Verantwortung, Fehler, die im System liegen, aufzuheben“, stellte Vogt klar. Dazu gehörten auch die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen in der Branche sowie die Frage der Tierhaltung. Die vier großen Konzerne im Lebensmittelhandel rief Vogt dazu auf, den Wert der Lebensmittel nicht durch Preisdruck auf die Lebensmittelhersteller zu diskreditieren. Um gegen dieses Preisdumping „des Oligopols“ vorzugehen, forderte die SPD-Fraktionsvizein eine Ombudsstelle, der derartige Praktiken gemeldet werden können.

Menschen fordern gesunde und sichere Lebensmittel von der Politik

„Alle Menschen müssen essen – klingt banal, ist es aber nicht“, sagte die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Elvira Drobinski-Weiß. Ernährung sei ein Politikfeld, das existenziell sei, und das habe eine aktuelle Allensbach-Studie bestätigt: „Die Menschen fordern von der Politik gesunde und sichere Lebensmittel“. Dafür habe das Parlament zu sorgen, stellte Drobinski-Weiß fest. Das Thema bewege die Menschen. Es sei unstrittig, dass die meisten „sich und ihre Kinder gesund ernähren wollen“. Nur das gelinge nicht immer oder nur unter Mühen und Anstrengungen. „Wir wollen das ändern“, sagte sie. Deshalb greife der Antrag die Ursachen dieser Schwierigkeiten auf: „Es muss für alle Menschen leichter werden, sich gesund zu ernähren. Und zwar unabhängig vom Geldbeutel und Schulabschluss“. Kinder und Eltern würden heute mit Angeboten und Werbung für ungesunde Lebensmittel überflutet: „Diese Flut wollen wir eindämmen“, versprach Drobinski-Weiß.

Nahrungsmittel werden in Deutschland nicht mehr wertgeschätzt

Jeannine Pflugradt, zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, stellte heraus, dass sich „heutzutage die Menschen weniger Zeit für ihre Mahlzeiten nehmen“. Essen sei kein Erlebnis mehr, sondern reine Nahrungsaufnahme. „Selten werde regelmäßig im Familienverband Essen genossen“, so Pflugradt. Die ständige Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln in Deutschland führe vielmehr dazu, dass „wir uns über die Werte des Essens und Trinkens zu wenig Gedanken machen“. Nahrungsmittel würden nicht mehr richtig wertgeschätzt.

„Gesunde Ernährung ist die Grundlage für körperliche Gesundheit“, unterstrich die Patientenbeauftragte der SPD-Fraktion, Helga Kühn-Mengel. Für immer mehr Menschen entwickle sich die Ernährungssituation zum Risikobereich. „Über die Hälfte der Erwachsenen und etwa 15 Prozent der Drei- bis Siebzehnjährigen sind übergewichtig“, berichtete sie. Das führe laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) dazu, dass die Folgeerkrankungen deutlich zunehmen. „In Europa verursacht das 86 Prozent vorzeitige Todesfälle und 77 Prozent der Krankheitslast“, machte Kühn-Mengel deutlich. Letzteres habe die Deutsche Allianz gegen Nichtübertragbare Krankheiten (NCD Allianz) erst kürzlich dargestellt. Die Folgekosten für das Gesundheitssystem seien erheblich.

Die Ziele der Koalition in der Ernährungspolitik

SPD und Union wollen zu einem gesunden Lebensstil motivieren und darauf hinwirken, dass im Rahmen der nationalen Präventionsstrategie (Bestandteil des geplanten Präventionsgesetzes) die ausgewogene Ernährung ein zentraler Schwerpunkt wird. In Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen sollen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern an einer den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entsprechend gesunden Verpflegung teilhaben können. Denn vor allem Kinder aus bildungs- und einkommensschwachen Familien seien häufiger von Fehlernährung betroffen, heißt es im Antrag. Ziel der Koalition ist es, allen Kindern die Chance auf ein gesundes Leben zu geben. Dazu solle in Kitas und Schulen für ihre Teilhabe an gesunder Ernährung gesorgt werden. Außerdem seien sie vor ungesundem Ernährungsverhalten zu schützen – unabhängig von Herkunft, Bildung und Einkommen.



AUSSENPOLITIK

Sicherheitskräfte im Irak ausbilden

Deutsche Soldatinnen und Soldaten sollen die kurdischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen die Terrormiliz ISIS im Nordirak ausbilden. Ein entsprechender Antrag der Bundesregierung wurde im Bundestag beraten.

Die Lage im Nordirak ist seit Juni 2014 verheerend: Die Terrormiliz ISIS massakriert die Bevölkerung, große Teile der sunnitischen Gebiete Iraks sind der Kontrolle der Zentralregierung entglitten. Nach Angaben des Büros der UN für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten sind derzeit mehr als zwei Millionen Binnenvertriebene im Irak auf der Flucht. Um die katastrophale Lage der Menschen vor Ort zu lindern, unterstützt die Bundesregierung den Kampf gegen den Terror der ISIS-Truppen und leistet seit Beginn der Krise humanitäre Hilfe. Deutschland hat bereits mehr als 100 Millionen Euro an humanitärer und struktureller Übergangshilfe geleistet.

Der Bundestag hat nun über den Antrag der Bundesregierung (Drs. 18/3561) für eine Ausbildungsmission im Irak beraten. Auf Bitten und mit Einverständnis der irakischen Regierung soll die deutsche Bundeswehr die irakischen Streitkräfte sowie die Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak mit einer Ausbildungsmission unterstützen. Denn, wie Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) betonte, in den Kämpfen der letzten Monate seien nicht nur Ausrüstungs-, sondern auch Ausbildungsmängel deutlich geworden. Hierfür sollen Ausbildungszentren im Irak aufgebaut werden, unter anderem auch in der Region Kurdistan.

Gemeinsam mit anderen europäischen Partnern sollen Sicherheitskräfte im Nordirak ausgebildet werden, wie zum Beispiel bei der Minenräumung. Die Gesamtverantwortung für die Ausbildung liegt im Sinne einer „local ownership“ bei der Regierung der Region Kurdistan-Irak. 100 deutsche Soldatinnen und Soldaten sollen bis Ende Januar 2016 mit Schwerpunkt im Raum Erbil stationiert werden. Neben der Ausbildung und Beratung der irakischen Streitkräfte sollen die Soldatinnen und Soldaten zudem die Lieferungen humanitärer Hilfsgüter und militärischer Ausrüstungen vor Ort koordinieren. Auch die Behandlung verwundeter kurdischer und irakischer Sicherheitskräfte ist als Aufgabe im Antrag genannt. Die Ausbildungsunterstützung beinhaltet keine Begleitung in Einsätzen oder in eine direkte Unterstützung militärischer Operationen.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit stoppen

Ebenfalls auf Bitten der irakischen Regierung hatte der Deutsche Bundestag im September 2014 beschlossen, militärische Schutzausrüstungen und Waffen zu liefern. Damit ist Deutschland dem Aufruf des UN-Sicherheitsrats an die internationale Staatengemeinschaft gefolgt, dem Irak im Kampf gegen den ISIS-Terror zu helfen. Eine Nothilfe, um die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen. Zusammen mit der Ausbildungsmission, ist der verteidigungs-politische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rainer Arnold zuversichtlich, könne der Terror des ISIS kurzfristig gestoppt und mittelfristig auch aus dem Irak verdrängt werden.

Durch den Vorstoß des ISIS ist das Leben von Millionen Menschen im Irak und in der Region Kurdistan-Irak dramatisch bedroht, die Stabilität des Irak und der ganzen Region ist angegriffen. Nach der Feststellung des UN-Sicherheitsrates geht von der IS-Terrormiliz zudem eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aus. Aufgrund der Vielzahl ausländischer Soldatinnen und Soldaten gilt es auch, die Sicherheit Deutschlands und Europas zu schützen. Der deutsche Einsatz ist Teil der internationalen Anstrengungen im Kampf gegen die Terrororganisation. Die militärischen Unterstützungsmaßnahmen bleiben eingebettet in einen ganzheitlichen politischen Ansatz und sollen in Ergänzung der weiterlaufenden Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaftshilfe sowie der fortgesetzten humanitären Hilfe umgesetzt werden.



FRAKTION

Jahresauftaktklausur der SPD-Bundestagsfraktion

Im Rahmen ihrer Klausurtagung Anfang Januar haben die SPD-Bundestagsabgeordneten ihren Kurs für die kommenden Monate abgesteckt. Gemeinsam diskutierten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die politische Lage und ihr Arbeitsprogramm 2015. Sie begannen mit der Entwicklung weiterführender sozialdemokratischer Zukunftsthemen. Neben den Bedürfnissen der "mittleren Generation" lag ein Schwerpunkt der Klausur auf dem Thema Integration und Zuwanderung. Überschattet wurde die Fraktionsklausur vom Terroranschlag in Paris.

Das Jahr 2014 ist für die SPD-Fraktion in der Großen Koalition äußerst positiv gewesen: Der Mindestlohn gilt, die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren ist eingeführt, mehr Investitionen in Bildung, erste wichtige Gesetze zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Die Mietpreisbremse kommt, und auch die Frauenquote. Diese Themen liegen der SPD-Fraktion besonders am Herzen, und sie bilden den sozialdemokratischen Kern der Koalitionsvereinbarung mit der Union. Fraktionschef Thomas Oppermann ist sich sicher, dass es eine große Zustimmung zur Regierungspolitik der Sozialdemokraten gibt. Am Ende werde das honoriert, sagte er mit Blick auf die momentanen Umfrageergebnisse. "Ich rate zur Gelassenheit. Die Wirkungen müssen ja auch erstmal bei den Menschen ankommen", so Oppermann.

2015 weiter "Motor der Koalition" sein

Auch 2015 werde die SPD im Bundestag weitere Projekte umsetzen, die sie im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Zu den wichtigsten Punkten des sozialdemokratischen Arbeitsprogramms für 2015 gehören die Verbesserung der Situation von Leiharbeitern und die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen, sagte die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin Christine Lambrecht. Auch die Lohngleichheit von Männern und Frauen und die Frauenquote seien Themen, die die SPD-Fraktion vorantreiben werde, kündigte sie an. Für sie steht fest: "Wir wollen auch 2015 weiter der Motor der Großen Koalition sein und unser Land zum Guten verändern. Wir bleiben aber nicht bei der Umsetzung des Koalitionsvertrags stehen."

Die „Sandwich-Generation“ unterstützen

Zusätzlich werde die SPD-Fraktion aber auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode neue Impulse setzen, kündigten Lambrecht und Oppermann an. Die SPD-Abgeordneten machten sich daher auf der Klausursitzung darüber Gedanken, welche Themen die Bürgerinnen und Bürger noch bewegen. Im Mittelpunkt des Interesses stehe dabei die mittlere Generation zwischen 30 und 50 Jahren, "die häufig gleichzeitig von Beruf und Kindererziehung stark beansprucht ist", so Lambrecht. Viele müssten sich außerdem noch um ihre eigenen alten Eltern kümmern. "Diese 'Sandwich-Generation' erwartet zu Recht, dass wir Antworten auf ihre Erwartungen und Bedürfnisse finden", so die SPD-Fraktionsgeschäftsführerin.

Ein Vortrag von Renate Köcher, Geschäftsführerin des Allensbach-Instituts, war daher ein Schwerpunkt der Klausurtagung. Auch Oppermann machte klar: Ohne diese "Leistungsträger" wäre Deutschland "nicht so stark". Die SPD werde vor allem diesen Menschen zuhören, um herauszufinden, wie ihr Leben erleichtert werden könne. Ansätze sehen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten z. B. bei weiteren Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, beim Ausbau der öffentlichen Infrastruktur oder etwa im Feld Verbraucherschutz.

Einwanderungs- und Integrationspolitik weiterdenken

Am Freitag diskutierte die Fraktion über das Thema Zuwanderung sowie die Situation der Flüchtlinge. Als wissenschaftlicher Experte zu diesem Thema informierte Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die SPD-Fraktionsmitglieder über Effekte von Zuwanderung für Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme.



Thomas Oppermann machte deutlich, dass die SPD-Fraktion trotz Terroranschlägen weiterhin für eine "offene Gesellschaft" eintrete – ohne Vorurteile gegenüber friedlichen Muslimen in Deutschland oder Ressentiments gegenüber Flüchtlingen.

Auch stehe die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Bundestag Koalitionsgesprächen über ein Einwanderungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode offen gegenüber, so Oppermann. Denn klar sei: "Wir brauchen mittel- und langfristig eine hohe Zahl qualifizierter Einwanderer" – allein schon, weil "wir jedes Jahr 400.000 Arbeitnehmer ersetzen [müssen], die mehr aus dem Erwerbsleben ausscheiden als eintreten. Einwanderung ist ökonomisch notwendig. Wer auf Einwanderung verzichten will, gefährdet unseren gesamten Wohlstand."

Unsere Vorhaben für 2015

Auch 2015 wird die SPD-Fraktion weiter daran arbeiten, das Leben der Menschen zu verbessern, unsere Gesellschaft zu modernisieren, die Wirtschaft auf Erfolgskurs zu halten und Deutschland voran zu bringen.

Wir werden die **Frauenquote** von mindestens 30 Prozent für Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen gesetzlich umsetzen. Um **gleiche Löhne für Frauen und Männer** bei gleicher Arbeit durchsetzen zu können, erarbeiten wir ein Entgeltgleichheitsgesetz.

Leiharbeit soll wieder darauf beschränkt werden, Auftragsspitzen zu bewältigen oder vorübergehenden Personalausfall zu kompensieren. Dazu werden wir eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten und gleichen Lohn einführen. Zudem gehen wir gegen den **Missbrauch von Werkverträgen** vor.

Die Maßnahmen zur Erhöhung der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für den **Ausbau der Stromnetze** setzen wir fort. Außerdem wird der Strommarkt weiterentwickelt, damit **Versorgungssicherheit** umweltverträglich und zu möglichst niedrigen Kosten gewährleistet ist.

Das so genannte **unkonventionelle Fracking** ist mit großen Risiken verbunden und wurde nicht ausreichend erforscht. Deshalb wollen wir es verbieten und nur Erprobungsmaßnahmen unter strengen Auflagen zulassen. Für **konventionelles Fracking**, das bereits seit den 60er-Jahren in Deutschland zum Einsatz kommt, werden die Voraussetzungen deutlich verschärft.

Beim Kauf von **Finanzprodukten** soll der **Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern** verbessert werden. Dazu sollen deutlichere Warnhinweise über Risiken eingeführt und der Zugang zu unabhängiger Beratung verbessert werden.

Eine Expertenkommission entwickelt Vorschläge, um die **Investitionstätigkeit privater Unternehmen** zu stärken und mehr Kapital in die Finanzierung des digitalen Netzausbaus zu lenken.

Start-Ups und junge Gründer wollen wir von administrativen Pflichten entbinden und den Mittelstand von **Bürokratiekosten** entlasten.

Für die Zeit nach dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 müssen die **Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu geordnet** werden. Wir treten in den Verhandlungen für ein solidarisches Gemeinwesen ein, das gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schafft.

Die SPD-Fraktion hat erreicht, dass sich die Bundesregierung auf **Eckpunkte für Karenzzeiten** geeinigt hat, mit denen künftig Interessenkollisionen beim Wechsel von politischen Amtsträgern in die Wirtschaft vermieden werden sollen. In Konfliktfällen sollen Regierungsmitglieder nach ihrem Ausscheiden aus der Politik mindestens zwölf Monate warten, bevor sie eine hohe Position in der Wirtschaft übernehmen.

Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution wollen wir besser schützen und Täter wirksamer bestrafen.



Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages hat **Empfehlungen zur Reform von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz** entwickelt und sich für eine kontinuierliche Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung eingesetzt. Zwei Maßnahmenpakete zur Justiz und zum Verfassungsschutz werden 2015 umgesetzt. Zudem stellt der Haushalt 2015 mehr Geld für Initiativen gegen rechte Gewalt bereit.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat ein Konzept für den **Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit** vorgelegt. Damit wollen wir mehr Chancen und soziale Teilhabe möglich machen. Die Eckpunkte sollen nun konkretisiert und umgesetzt werden.

Öffentliche Vergabeverfahren sollen einfacher und flexibler werden, vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen. Gleichzeitig soll die öffentliche Vergabe von Aufträgen in Zukunft stärker strategische Ziele unterstützen. Dazu zählen soziale, ökologische und innovative Aspekte.

Kommunen sollen mehr Rechtssicherheit bei der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge bekommen.